

Ein schlanker öffentlich-rechtlicher Rundfunk für Brandenburg

Eine starke Demokratie braucht unabhängigen und qualitativ hochwertigen Journalismus. Wir bekennen uns daher im Grundsatz zur Idee des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Öffentlich-rechtliche Sender haben aber nicht die Aufgabe, konkurrenzfähig gegenüber privatwirtschaftlich betriebenen Sendern zu sein. Vielmehr muss es Hauptaufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein, die Berichterstattung über Ereignisse und aus Regionen sicherzustellen, über die privatwirtschaftlich geführte Radio- und TV Sender nicht oder nur wenig berichten.

Wie es ist, kann es nicht bleiben

Opulente Strukturen, zweifelhafte Programmentscheidungen und ein ausufernder Finanzbedarf führen dazu, dass immer mehr Menschen das Vertrauen in das öffentlich-rechtliche System verlieren. Die Landespolitik muss jetzt die Initiative ergreifen und eine umfassende Reform des ÖRR auf den Weg bringen. Mit weniger Sendern, geringe-

ren Beiträgen und einem strafferen Auftrag wollen wir den Rundfunk fit für die Zukunft machen.

Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien deutlich gesunken

Schlagzeile bei der Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)

Drei Ideen, die uns ausmachen

1. Effektive Kostenkontrolle

Die Verwaltungsräte der Landesrundfunkanstalten sollen mit **unabhängigen Wirtschaftsprüfern** besetzt werden.

Die **Gehälter** im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind am öffentlichen Dienst zu orientieren. In einer beitragsfinanzierten Organisation können diese nicht mit einer Konkurrenz zum privaten Sektor gerechtfertigt werden.

Das gegenwärtige **System der Altersversorgung** im öffentlich-rechtlichen Rundfunk muss reformiert werden.

Die **Parallelberichterstattung** von Großereignissen ist künftig grundsätzlich zu vermeiden.

2. Schlanke Strukturen, straffer Auftrag

Das **Nebeneinander von ARD, ZDF und Deutschlandradio** wollen wir beenden, und sie stattdessen miteinander fusionieren.

Die **Anzahl der Landesrundfunkanstalten** ist zu senken. Dabei sind unter anderem bereits seit Jahren diskutierte Fusionen zwischen NDR und Radio Bremen, sowie zwischen dem SWR und dem Saarländischen Rundfunk durchzuführen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich auf seinen Marken- und Wesenskern konzentrieren: **Information und Bildung**. Die Unterhaltung soll nicht länger Teil seines Auftrags sein.

3. Ein Rundfunk für die gesamte Gesellschaft

Die **Erhebung des Rundfunkbeitrags** muss sozial ausgewogen erfolgen. Beitragserhöhungen sind in der aktuellen Situation aussetzen.

Die Beitragszahler sollen künftig **mehr Mitsprachemöglichkeiten** in den Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erhalten.

Die Länder müssen den öffentlich-rechtlichen **Rundfunk einfacher reformieren** können. Hierzu ist das Einstimmigkeitsprinzip zugunsten eines Mehrheitsprinzips aufzugeben.

Eine **unabhängige Studie** soll jährlich Daten über politische Parteinähe und Tendenzen in der Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen System erheben und veröffentlichen.



„Wir brauchen weniger Sender, geringere Beiträge und einen strafferen Auftrag.“

– Matti Karstedt, Mitglied im Präsidium

Mehr Argumente:
fdp-brandenburg.de/argumente